

Dossier Telematik

Gläserne Taschen

Schon heute ist der gläserne Autofahrer Realität. Mit Einführung der Pkw-Maut wird er auch mit einer gläsernen Brieftasche unterwegs sein, auch wenn das heiße Eisen Maut derzeit niemand angreifen will.

Die Autofahrer sind bereits heute indirekt total durchsichtig: Jedem Lenker, der mit der Kreditkarte zahlt oder mit dem Handy telefoniert, schaut der Große Bruder über die Schulter. Aber wenn die Pkw-Maut kommt, werden die Autofahrer noch stärker überwacht werden. Dabei stehen Datenschutz-Bedenken die Vorteile von mehr Sicherheit im Verkehr gegenüber.

Auch wenn sich vor den anstehenden Nationalratswahlen niemand als Befürworter einer kilometerabhängigen Bemaunung outen will, könnte es nach den Wahlen ganz anders ausschauen. Zumindest Experten und Lobbying-Organisationen denken schon derzeit über neue, verursachergerechte und ökologischere Finanzierungsformen für die Abdeckung der Kosten des Individualverkehrs nach.

Während in Österreich das Thema Pkw-Maut fast ein Tabu darstellt, sind andere Länder da schon viel weiter, wie Autofahrer im europäischen Ausland schon seit Jahr und Tag erfahren müssen. Dort gilt: Nur wer zahlt, darf die Autobahn benutzen. Unangenehmer Nebeneffekt: Die Mautflüchtlinge verstopfen die Landstraßen.

Dabei setzen die europäischen Länder auf unterschiedliche Mauteinhebung: Kilometerabhängige Mautsysteme gibt es in Spanien, Portugal, Italien, Frankreich, Slowenien, Kroatien, Mazedonien sowie Griechenland. Die Vignette gibt es in der Schweiz, Ungarn, Slowakei, Tschechien, Rumänien und Bulgarien ebenso wie in Österreich.

Hierzulande löst das Wort Maut schon fast allergische Reaktionen aus. Überhaupt keine Freude hat man bei der für den Ausbau des hochrangigen Stra-

ßennetzes zuständigen Asfinag mit diesem Thema. Der zuständige Vorstand drohte gar mit einem Abbruch des Gesprächs und ergeht sich stattdessen in den Vorteilen der Verkehrssteuerung durch die Asfinag.

Ähnlich scheu gibt man sich im Büro des Verkehrsministers und Vizekanzlers Hubert Gorbach. Dort reagiert man auf das Thema Bemaunung mit bedremtem Schweigen, wohl auch, weil sich der selbsternannte Minister der Autofahrer mit Aussagen zur Maut nicht in die Nesseln setzen will. Unter Gorbachs Amtszeit werde es keine weitere Ausdehnung der Bemaunung geben, so das Mantra eines Ministersprechers. Wie mehrfach selbst geäußert, strebt Gorbach einen Wechsel in die Privatwirtschaft an. Also sollten sich die heimischen Autolenker nicht darauf verlassen, dass die Maut nie und nimmer kommen wird.

Rotes Tuch für Schwarze

Auch die SPÖ kann sich mit einem Ersatz der Autobahn-Vignette nicht anfreunden. Die Oppositionspartei hat sich schon vor der Wahl festgelegt: Das Pickerl für Pkws bleibt, für Lkws soll die kilometerabhängige Maut von jetzt 22 Cent pro Kilometer auf 29 Cent aufgestockt werden. Die zusätzlichen Einnahmen (470 Mio. Euro pro Jahr) sollen laut Sozialdemokraten in den Eisenbahn-Ausbau gesteckt werden. Anders könne man den erwarteten Zuwachs der Truckerlawine in Österreich nicht in den Griff bekommen, begründet die SPÖ ihren Vorstoß, der bei einer Regierungsbeteiligung realisiert werden soll.

Für die derzeitigen Koalitionäre ist eine Pkw-Maut fast ein rotes Tuch. Diese Bemaunung sei „kein Thema“, sagte im vorigen August eine Sprecherin von Bundeskanzler Wolfgang



Illustration: Carla Müller, www.carla-m.com

Schüssel. Schon zuvor hatte die Asfinag einen Bericht demontiert, dass sie bereits ein System für eine Pkw-Maut getestet habe. Also ruhen dementsprechende Pläne ganz tief in der Schublade, könnten aber – grünes Licht der Politik vorausgesetzt – sehr rasch umgesetzt werden. Über die für die Lkw-Maut errichtete Infrastruktur könnten in relativ kurzer Zeit auch Pkws abgerechnet werden. Dazu müssten die Autolenker wie die Laster eine Datenbox einbauen, in

Österreich Go-Box genannt. Diese speichert als Teil des Telematik-Systems die Daten und übermittelt sie zur Verarbeitung und zur Verrechnung an die EDV.

Dass die Front der Mautgegner aber weniger dicht ist als öffentlich behauptet, belegen Aussagen von Asfinag-Vorstand Franz Lückler. Im November, also drei Monate nach dem Njet des Kanzlers, meinte Lückler, man führe intensive Diskussionen mit dem Eigentümer (sprich: dem Bund). Kaum ge-

sagt, machte die Asfinag selbst wieder einen Rückzieher.

Einen komplett anderen Weg zur Abgeltung der externen Kosten des Automobilverkehrs schlägt Wilfried Puwein vom österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut Wifo vor, nämlich einen Aufschlag auf die Mineralölsteuer, der zweckgebunden in die Finanzierung des hochrangigen heimischen Straßennetzes fließen sollte.

Fortsetzung auf Seite 26